

Katholisches Hilfswerk ruft zum Gebet für iranische Christen auf

Präsidentschaftswahlen am 12. Juni im Iran

München/Teheran, 08.06.2009/APD Das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ ruft anlässlich der Präsidentschaftswahlen im Iran am 12. Juni zum Gebet für die dort lebenden Christen auf. „Kirche in Not“ erinnert daran, dass die Religionsfreiheit im derzeitigen neo-theokratischen System des Iran nicht gewahrt sei. Erst im September 2008 habe das iranische Parlament eine weitere Verschärfung der Gesetzgebung gegen die Religionsfreiheit auf den Weg gebracht. Das geplante neue Gesetz würde die Todesstrafe für den „Glaubensabfall vom Islam“ erstmals auch gesetzlich festlegen.

Bisher habe ein Glaubenswechsel für Muslime vor allem eine schwere soziale Ächtung bis hin zu Morddrohungen und Gewaltanwendung von Familienmitgliedern zur Folge gehabt. Mit dem neuen Gesetz würde die von den Sicherheits- und Justizbehörden des Iran bereits jetzt geduldete Selbstjustiz auch rechtlich abgesichert, fürchtet „Kirche in Not“.

In der Regierungszeit von Präsident Mahmud Ahmadi-Nejad ist auch die Zensur im Iran nach Beobachtung des Hilfswerks weiter verschärft worden. Der Präsident sei außerdem mit einer sogenannten „Kampagne gegen die Unmoral“ massiv gegen Internetnutzer und das Satellitenfernsehen im Land vorgegangen, so „Kirche in Not“. Repräsentanten des schiitischen Systems fürchteten den Einfluss der freien Information über Internet und Satelliten-TV.

„Kirche in Not“ machte darauf aufmerksam, dass in der heutigen iranischen Verfassung – zum Unterschied von allen Reformverfassungen des Landes ab dem späten 19. Jahrhundert –

festgelegt sei, dass sämtliche Gesetze auf islamischen Grundsätzen basieren müssten. Nur drei religiöse Minderheiten, nämlich Christen, Juden und Zoroastrier, seien durch Artikel 13 der Verfassung offiziell anerkannt, andere Minderheiten, wie die Bahais, würden oft schwerwiegend diskriminiert.

Doch auch Angehörige der anerkannten Minderheiten gelten nach Angaben des Hilfswerks im Iran lediglich als „Dhimmi“ (Schutzbefohlene), als „unter dem Schutz der islamischen Obrigkeit stehende Bürger zweiter Klasse“. Der Iran habe zwar den UN-Zivilpakt (UCCPR) unterzeichnet, der die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit garantiere, doch das Land lege diese Freiheit aus einer rein schiitisch-islamischen Sicht aus.

Deutlich werde das zum Beispiel an den Möglichkeiten für die Präsenz der katholischen Kirche im Iran, die dort durch drei Riten – lateinisch, chaldäisch, armenisch – vertreten ist. De facto gebe es nur „Kultfreiheit“. In der Öffentlichkeit dürfe es keine Präsenz der Kirche geben, Missionierungsversuche stünden unter Strafe. Zwar rühme sich Präsident Ahmadi-Nejad damit, dass die christliche Minderheit „gleiche Rechte genieße“, doch tatsächlich seien die Christen inzwischen in Ghettos abgedrängt, beklagt „Kirche in Not“.

Diese schwierige soziale Lage habe auch zur Folge, dass viele iranische Christen das Land verlassen wollten, da sie zunehmend weniger Möglichkeiten hätten, am wirtschaftlichen und öffentlichen Leben teilzunehmen.

Auch in der Weltstadt Teheran seien in den wenigen katholischen Kirchen bei Gottesdiensten und anderen Veranstaltungen zumeist Polizisten, Mitarbeiter der verschiedenen Geheimdienste oder Repräsentanten der islamischen „Tugendwächter“ präsent. Damit sollten alle Menschen an der Teilnahme gehindert werden, die nicht als „rechtmässige Christen“ anerkannt seien, so „Kirche in Not“.

Das Christentum ist seit der Zeit der Apostel im Iran präsent. Im Lauf der Geschichte gab es immer wieder Zeitabschnitte, in denen das Christentum im den Land eine wichtige Rolle spielte.

Das internationale katholische Hilfswerk „Kirche in Not“, ein Werk päpstlichen Rechts, wurde 1947 vom niederländischen Pater Werenfried van Straaten, bekannt als „Speckpater“, als „Ostpriesterhilfe“ gegründet. Der Sitz der internationalen Zentrale befindet sich in Königstein im Taunus (Deutschland).

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!